

Samstag
22.02.2014

Kölner Stadt-Anzeiger

Rodenkirchen

Bonner Straße

Parkhaus-Streit geht weiter

Erstellt 08.01.2014



Andreas Henseler ist Ratsmitglied der Freien Wähler.

Die Freien Wähler werfen den SPD-Bezirksvertretern vor, dass diese im Ausschuss für Stadtentwicklung für den umstrittenen Standort nordwestlich des Kreisels gestimmt haben und der Änderungsantrag der Freien Wähler abgelehnt wurde. Von Ulrike Süsser

Raderthal. Als „Nebelwerfen“ kritisieren die Freien Wähler die jüngsten Aussagen von SPD-Bezirksvertretern zum geplanten P+R-Parkhaus am Verteilerkreis. Anders als behauptet hätten die den Bebauungsplan nicht abgelehnt, weil sie mit dem Standort des Parkhauses nordwestlich des Kreisels unzufrieden waren. Sowohl SPD als auch FDP und Grüne hätten zuvor im Ausschuss für Stadtentwicklung für den umstrittenen Standort gestimmt – gegen den Willen von CDU, Freien Wählern, Bürgervereinen und Anwohnern im Wohngebiet Heidekaul, sagt Andreas Henseler, Ratsmitglied der Freien Wähler. Die Weichen für das Planverfahren und den umstrittenen Standort nordwestlich des Kreisels seien damit längst gestellt gewesen, betont er.

Ein Änderungsantrag der Freien Wähler, nochmals den alternativen Standort neben der Anglikanischen Kirche zu prüfen, sei dagegen mehrheitlich abgelehnt worden. Auch die CDU und zahlreiche Bürger hätten den Standort nordöstlich des Verteilers bei der Anglikanischen Kirche bevorzugt.

In der Bezirksvertretung Rodenkirchen hatten sich die Stadtteilpolitiker vor kurzem auf Antrag der CDU-Fraktion und mit der Stimmenmehrheit von CDU und SPD dafür ausgesprochen, die Verwaltungsvorlage zur Parkpalette unter den Vorbehalt des „noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens für die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn“ zu stellen. Der offizielle Start des Planverfahrens solle nur stattfinden, wenn auch die Nord-Süd-Stadtbahn wirklich gebaut werde, hieß es.

Henseler nennt das Verhalten der SPD in der Bezirksvertretung einen „Eiertanz“. Er diene „lediglich zur Verschleierung der Tatsache, dass sie damit gegen die Vorschläge der Bürgervereine gestimmt hat“.